



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bismarckisch

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bismarckisch



us der im 28. Heft der Grenzboten besprochenen Bismarckwoche ist ein Bismarckmonat geworden, und voraussichtlich werden sich die Wogen noch lange nicht beruhigen. Denn das ist keine oberflächliche Bewegung. Das Nationalgefühl ist aufs tiefste aufgeregt, wie wir es nur nach der französischen Kriegserklärung und nach den Meuchleranschlägen gegen den ersten Kaiser des neuen Reichs erlebt haben. Gott sei Dank, daß es sich so kräftig zeigt, aber Schmach und Gram, daß uns diese Erregung nicht erspart geblieben ist! Gegen gewisse Erscheinungen in unserm öffentlichen Leben waren wir ja bereits abgestumpft. Daß sich jeder hergelaufne Zeitungsjunge in einem der vielen Blätter, die sich nach dem Muster der alten Didaskalia „Blätter für Börse, Theaterklatsch und Publizität“ nennen könnten, erfreuen durfte, einem Bismarck Vorlesungen über Staatskunst und Patriotismus zu halten, machte keinen Eindruck mehr. Und wenn Herr Eugen Richter plötzlich den Regierungsassessor in sich wieder erwachen fühlte, daß er, seine gesamte Thätigkeit seit der Nichtbestätigung seiner Wahl zum Bürgermeister vergessend, sich an die Brust des sonst maßlos verachteten Herrn Pindter warf, um vereint mit ihm über Untergrabung der staatlichen Autorität zu jammern, so vollendet das nur das Charakterbild dieses „Volksmannes.“ Wir haben es immer für einen Fehler gehalten, daß man ihn nicht zum Polizeimeister in irgend einem Kubichsnappel gemacht hat. Aber wie hat sich die der Regierung nahestehende Presse benommen! War es wirklich notwendig, das populäre Vorurteil gegen alle Offiziösen so nachdrücklich zu rechtfertigen? Welchen Kredit kann die offiziöse Presse noch beanspruchen, wenn Menschen, die noch vor zwei Jahren vor jedem Wimperzucken Bismarcks in Demut erstarben, solche Angriffe auf ihn — wohl nicht verfassen, aber doch mit ihrem Namen decken?

Allerdings scheint es, als ob in der That besser für die Kenntniss der neuesten deutschen Geschichte gesorgt werden müßte, da zahllose Zeitungen offenbar von Menschen geschrieben werden, die gar nicht wissen, was sich in den ersten zwei Dritteilen unsers Jahrhunderts zugetragen hat. Sie wissen nichts von der Sammlung, Stählung und Erhebung des Volks zwischen Jena und Jena, zwischen der Zertrümmerung Preußens und der unseligen That Sands. Nichts von der Unterdrückung, Lähmung, Zerrüttung des Nationalbewußtseins in den folgenden Jahrzehnten. Nichts von den planlosen Anläufen und dem regelmäßigen Zurückschrecken vor dem Sprunge Friedrich Wilhelms des Vierten. Nichts von dessen unheilvollen Versöhnungsversuchen mit Polen und Ultramontanen. Nichts von den Demütigungen Preußens in der deutschen, der holfsteinischen, der Neuenburger Angelegenheit und der beleidigenden Art der Zulassung der fünften Großmacht zum Pariser Kongreß. Würzten sie von alledem das geringste, erinnerten sie sich noch, wie Mikolaus, Palmerston und Louis Napoleon die Welt regierten, sie könnten nicht die Stirn haben, sich anzustellen, als sähen sie die Unterschiede und Ähnlichkeiten nicht in der Weltstellung Deutschlands bis 1864, bis 1882 und seitdem. Man müßte selbst so naiv sein wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung und Konferten, wollte man ihre Frage nach Beweisen für die Veränderung unsrer Beziehungen zum Auslande durch Aufzählung der Thatfachen beantworten, die leider jedes Kind kennt. Lesen denn die Berliner Artikelschreiber und ihre Auftraggeber keine fremden Zeitungen? Machen sie keine Reisen? Das höhnische Lächeln unsrer grimmigsten Feinde, der Schmerz und Zorn unsrer aufrichtigsten Freunde könnten sie aufklären. Und welcher unglückliche Einfall, die neue Wendung in der Stellung zu Polen durch die Erinnerung daran, daß Bismarck einst den Grafen Ledochowski empfohlen habe, entschuldigen zu wollen! Wenn Bismarck von dem Manne besser dachte, als er verdiente — muß ihm denn gerade ein Fehlgriff nachgemacht werden, da man sich so ängstlich hütet, ihn in seinen Meisterzügen zum Vorbilde zu nehmen?

Aber schlimmer als dieses ganze ekle Treiben bis hinab zu dem von „demokratischen“ Lakaien dem Berliner Pöbel freundlich erteilten Winke, an dem Schöpfer des deutschen Reichs sein Mütchen zu kühlen, viel schlimmer als alles das sind die ebenso kleinlichen als wilden Ausbrüche persönlichen Hasses und — muß man nicht glauben: persönlicher Furcht! Wer Wagenseils Geschichte gefallener Staatsmänner durchblättert, schaudert bei der Erinnerung, zu welchen Unthaten sich politische Leidenschaft, Neid, Rachsucht, Undankbarkeit und Schwäche so oft verbündet haben. Die Gegenwart ist „humaner.“ Man blendet, rädert, meuchelt die Helden und Staatslenker nicht mehr, die ihre ganze Lebenskraft für das Wohl ihres Landes eingesetzt und dabei Privatinteressen und Privatempfindlichkeiten verletzt hatten. Aber ist es wirklich würdiger, für einen Bismarck die berüchtigten Worte Schulenburgs, daß Ruhe

die erste Bürgerpflicht sei, und Kochows vom beschränkten Untertanenverstande neu aufzulegen? Ihn vor ganz Europa mit Acht und Bann zu belegen? Und weshalb? Ein Besucher will von ihm die Äußerung gehört haben, er liebe die Hunde, weil sie einen Fußtritt nicht nachtragen. Von ihm die Hundetreue, die Grillparzer in seinen Banquet gefeiert hat, zu erwarten, hat er niemand das Recht gegeben! Er ist aus hartem Metall geschmiedet, das weiß die Welt, wie hätte er sonst seine Thaten thun können! Und mochte man auch wünschen, daß ihm manchmal möglich gewesen wäre, seinen Zorn zu beistern: das hat die Art der Verfolgung in Vergessenheit gebracht. Mit Recht wurde in dem eingangs erwähnten Aufsätze an den Freiherrn vom Stein erinnert; der war auch kein Kautschukmann, und die Freisinnigen, die seinen Namen unnütz im Munde führen, würden ihn, wenn er noch lebte und wirkte, so bitter hassen, wie unsern ersten Reichstanzler.

Das ist die Empfindung, die in Mittel- und Süddeutschland so einmütig zum Durchbruch gekommen ist. So legte einst das gebildete Berlin Zeugnis ab für die Richter im Arnoldschen Prozesse, als sich Friedrich der Große durch irregeleiteten Gerechtigkeitsfimmel zu höchster Ungerechtigkeit hatte hinreißen lassen, und Europa feierte die Richter und die gegen den Gewaltspruch protestirenden. In demselben Berlin verdächtigt man heute die Kundgebungen im nichtpreussischen Deutschland. Partikularismus? O weckt doch nicht selbst Mächte, die versöhnt und gewonnen zu haben zu den größten Verdiensten des Mannes gehört, dem ihr jetzt keinen Dank gönnt! Ist es so schwer zu begreifen, daß die Deutschen, die am meisten unter der Zerrissenheit und Ohnmacht des Vaterlands gelitten haben, lebhafter den Segen der Zeit von 1866 bis 1882 erkennen, als ihr in einem Staate, der im Nothfall auf sich selber stehen konnte? Berauscht euch nicht in hochmütigem Machtbewußtsein wie eure Großväter, die Friedrichs des Großen Thaten sich selbst anrechneten, wie ihr — die Thaten Bismarcks! Schämt euch vielmehr bis ins Innerste, daß Sachsen, Franken, Baiern, Schwaben, Hessen u. s. w. den preussischen Junker besser würdigen als ihr!

Es ist ein tieftrauriges Bild: auf der einen Seite die Reichsregierung mit einer Gefolgschaft, an der sie selbst keine Freude haben kann, auf der andern der Kern der deutschen Nation — wie in den schlechtesten Zeiten der neuern Geschichte Deutschlands. Und darum können und wollen wir uns nicht beruhigen. Reden, Gesänge und Huldigungen sind etwas schönes am rechten Orte, aber damit dürfen wir nicht unsre Pflicht erfüllt zu haben meinen. Vor allem ist es endlich an der Zeit, der freiwilligen Abhängigkeit von einer Presse ein Ende zu machen, die wir von Herzen verachten müssen. Wir dürfen nicht länger durch Abonnement und Insertion Blätter unterstützen, deren Inhalt unsern besten Überzeugungen entgegengesetzt ist. Weshalb werden sie von Deutschgesinnten gehalten? Wegen der vielen Anzeigen, wegen der

Privatnachrichten, von den Frauen wegen des Romans. Zu dem ersten Punkte muß immer wieder auf die Notwendigkeit des Anzeigenmonopols hingewiesen werden. Daß es einen schönen Ertrag für die Reichskasse abwerfen und drückende Steuern entbehrlich machen würde, ist eine wichtige, aber in diesem Falle nicht die wichtigste Seite daran. Amtliche Anzeigblätter könnten sämtlichen Tagesblättern eines Ortes beigegeben werden, würden also dem Inserenten die doppelte, dreifache, zehnfache Verbreitung seiner Ankündigung ohne vermehrte Kosten gewähren und dem Leser denselben Inhalt, der jetzt auf die Spalten verschiedener Zeitungen verteilt ist. Die Preise könnten überhaupt niedriger gestellt werden, da die Gebühren nicht, wie jetzt, fast ganz den Aufwand einer Zeitung zu decken hätten. Die allbekannte Art der Beeinflussung publizistischer Organe durch unverhältnismäßige Honorierung von Inseraten wäre beseitigt. Die Zeitungsindustrie würde nicht mehr so stark den Spekulations- und Schachergeist anlocken, und eine Menge unnützer oder schädlicher Gewächse würde verschwinden, weil Unternehmer und Mitarbeiter von gewisser Sorte ihre Talente wieder der Börse, dem Pfandleihgeschäft u. s. w. widmen würden, und der Familienvater wäre nicht mehr genötigt, Frau und Kindern das Lesen der Anzeigen zu untersagen. Zur Einführung des Monopols wird es endlich kommen, dafür sorgen die geschätzten Organe, die bei seiner bloßen Erwähnung in sittlichen Zorn geraten. Thue nur jeder das Seine, um den Gedanken zu verbreiten. Was die politischen Neuigkeiten betrifft, braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die „interessantesten,“ die „sensationellen“ Nachrichten in der Regel erfunden sind, und daß der Telegraph fortwährend im Dienste der Parteipolitik und der Privatgeschäfte aufs schmachlichste mißbraucht wird. Die meisten Romane endlich sind nicht des Lesens wert, das gestehen die Leserinnen selbst, wenn auch in Ermangelung von unanständigen oder Schauergeschichten oder falls es gilt, die Abonnements-einladung aufzuputzen, ein namhafter Erzähler durch hohes Honorar gewonnen wird.

Alles in allem genommen, wollen wir nicht vergessen, daß wir eine große Partei sind, wenn auch in Einzelheiten geteilter Ansicht, und daß wir Pflichten gegen unsre Partei zu erfüllen haben. Nehmen wir uns darin andre Parteien, namentlich die sozialdemokratische und die ultramontane, zum Muster. Genügen Blätter unsrer Farbe nicht, so können und müssen wir dazu beitragen, sie zu verbessern, schon dadurch, daß wir ihnen Nachrichten zukommen lassen, und nicht verlangen, daß der Redakteur für jede Notiz einen Dankbrief schreibe oder gar ein Honorar schicke, auch nicht gekränkt werden, wenn er von einer Mitteilung keinen Gebrauch macht. Die allgemeine Sache erfordert allgemeine Anstrengungen. Unsre Gegner glauben den ehrenwertesten Zeitungen einen Schimpf anzuthun, indem sie sie „bismarckisch“ nennen: bereiten wir ihnen die Freude, dies Wort recht vielfach anwenden zu können!

„Einst hatte ich einen Mann, der hieß Griffensfeld!“ soll Christian der Fünfte von Dänemark oft gesagt haben, nachdem er seinen großen Minister dessen persönlichen Feinden geopfert hatte. Damals gab es freilich keine freie Presse, die die Sache des Gestürzten und des Landes hätte vertreten können, und der König selbst war zu schwach, das Netz von falschen Anschuldigungen zu zerreißen. Heute und für uns handelt es sich ebenfalls um das Land, wenn wir zu Bismarck stehn.



Gedanken eines Laien über den Buschhoff'schen Prozeß



er Prozeß gegen Buschhoff ist zu Ende, das Urteil ist rechtskräftig geworden, denn binnen acht Tagen ist kein Einspruch erhoben worden. Buschhoff ist freigesprochen, der Mörder des kleinen Hegemann ist nicht entdeckt.

Nach dem vorliegenden Material könnte niemand mit Sicherheit behaupten, die That sei von Buschhoff verübt worden, obgleich einige Indizien gegen ihn so schwerwiegend waren, daß sie zur Verurteilung hätten führen können, und obgleich in andern Fällen schon geringere zur Verurteilung geführt haben; das giebt selbst das „Kleine Journal“ zu. Angenommen aber, Buschhoff sei nicht der Mörder, wäre es unmöglich, daß er darum wüßte? Hat man diese Frage auch nur aufgeworfen? Wer könnte nun den Mord begangen haben? War es etwa ein anderer Jude, oder war es ein Christ? Hat der langatmige Prozeß gar nichts Positives zu Tage fördern können? Fast gewinnt es den Anschein, als ob die langen Verhandlungen nur den Zweck gehabt hätten, herauszufinden, ob Buschhoff der Thäter sei — um nicht zu sagen: daß er es nicht sei —, und als ob man sich von Anfang an gar nicht bemüht hätte, den eigentlichen Mörder ausfindig zu machen.

Es ist ein Mord verübt worden, der Leichnam ist unter auffallenden Umständen gefunden worden. Da gilt es doch, den Mörder zu entdecken. Bestand nun die alleinige Aufgabe darin, immer neue Umstände heranzuziehen, die die Unschuld des angeschuldigten Buschhoff bewiesen? Hat sich ein Gericht nur auf diese negative Seite zu beschränken? Man sollte doch denken, ein Staatsanwalt solle ein Kläger sein wider Mord, ein Ankläger des noch nicht entdeckten Mörders, aber nicht ein Verteidiger des gerade Angeklagten, selbst wenn er persönlich annimmt, daß dieser nicht der Thäter sei. Was hat man alles in dem Prozeß Erbe-Buntrock gethan, um Klarheit in die Sache zu bringen! Ist es je in